

PROTOKOLL

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport
-Videokonferenz- am Mittwoch, den 10.02.2021,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: BuS/031/2021
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Jutta Dettmann

Mitglied CDU-Fraktion

Karl-Heinz Gerling
Heiko Christian Grube
Thomas Schulke
Malte Stakowski
Herla Wendelin-Feindt

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann
Axel Uffmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier
Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Ursula Thöle-Ehlhardt

Hinzugewählte

Ina-Susann Beckmann
Natascha Kaase
Hans-Martin Oberschelp

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
StVOR Karl-Wilhelm Möller
Verw.-Fachangestellter Christian Elscher
Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller
Verwaltungsfachwirtin Britta Itzek

ProtokollführerIn

Verwaltungsfachwirtin Marion Noruschat

Zuhörer

Presse 1
Zuhörer 1

Abwesend:

von der Landesschulbehörde

Karsten Mühlmeier

Hinzugewählte

Sahara Dibrani

Jürgen Höcker

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung des Protokolls
- TOP 4 Verpflichtung Hinzugewählter
- TOP 5 Einwohnerfragestunde
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 6.1 Standardraumprogramm
 - a) Soll-/Ist-Vergleich Oberschulen - Aktualisierung aufgrund der Schülerfortschreibung
 - b) Soll-/Ist-Vergleich GrundschulenVorlage: 01/2021/0009
- TOP 7 Kindertagesstätten
- TOP 7.1 Anmeldesituation Kitas zum 01.08.2021
Vorlage: 01/2021/0051
- TOP 8 Unterjähriger Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Bildung und Sport zum Stichtag 31.10.2020
Vorlage: 01/2021/0034
- TOP 9 Haushalt 2021/22; Beratung des Teilhaushaltes 400 für die Bereiche Schulen, Kindertagesstätten und Sport
- TOP 10 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll wird einstimmig, ohne Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 Verpflichtung Hinzugewählter

Vorsitzende verpflichtet Frau Natascha Kaase als Hinzugewählte für den Stadtelternrat der Meller Schulen.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Herr Dreier berichtet wie folgt:

1. Verabschiedung von Frau Grobe, Schulleiterin der GOBS Buer

Wie auch dem Meller Kreisblatt zu entnehmen war, ist die Leiterin der Grund- und Oberschule Buer, Frau Angelika Grobe am 28.01.2021 verabschiedet worden. Nachfolgerin ist Frau Diana Thomas.

2. Umsetzung Sofortausstattungsprogramm

Die Stadt Melle hat nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Umsetzung des Sofortausstattungsprogramms Ende Juli 2020 die Bewilligung über einen Zuwendungsbetrag i.H.v. 99.858 € erhalten. Die Verteilung der Mittel erfolgte nach dem Anteil der SchülerInnen, die von der Lehrmittelausleihe befreit sind. So konnten 269 iPads mit Schutzhüllen bestellt und bereits im Oktober an die Schulen verteilt werden. 10 Notebooks wurden ebenfalls bestellt, jedoch noch nicht ausgeliefert.

Mit Änderungsbescheid vom 16.12.2020 wurde der Betrag auf insgesamt 105.639,12 € aufgestockt. Von diesen zusätzlichen Mitteln wurden weitere 8 iPads mit Schutzhüllen geordert. Ein Liefertermin ist bislang nicht bekannt.

3. Anmeldetermine OBS

Die Anmeldetermine für die weiterführenden Schulen finden in diesem Jahr am 18. und 19. Mai statt.

CORONA:

4. Luftreinigungsgeräte –

a) Ergebnis der Abfrage an den Schulen in Trägerschaft der Stadt Melle

Grundsätzlich sollen in Schulräumen keine Luftfilteranlagen zum Einsatz kommen, allenfalls als Ergänzung dort, wo keine Ersatzräume vorhanden sind.

Eine Abfrage des Gebäudemanagements an allen Schulen in Trägerschaft der Stadt Melle nach dem Erfordernis von Luftfiltersystemen ergab, dass es lediglich an der OBS in Neuenkirchen Einschränkungen gebe. In den dortigen vier Differenzierungsräumen ist lediglich eine Kipplüftung über Oberlichter möglich. Diese ist nach dem Nieders. Rahmenhygiene-Plan Corona Schule nicht ausreichend. Aufgrund der aktuellen Situation (Szenario B für Abschlussklassen; Szenario C für alle anderen Jahrgänge) werden diese Räume nicht benötigt, es soll jedoch zeitnah ein Gespräch mit dem Gebäudemanagement und der Schulleitung zur Lösung des Problems erfolgen.

b) Luftfilteranlagen in Kita-Gebäuden

Das Gebäudemanagement der Stadt Melle hat auch mit den Nutzern von städtischen Kita-Gebäuden Kontakt aufgenommen, um die Belüftungssituation zu Corona-Zeiten zu klären. Für die Kita-Gebäude wurden für die Gruppen- und Aufenthaltsräume keine Lüftungsprobleme gemeldet.

5. Notbetreuung

a) an Schulen

In den Schulen in Trägerschaft der Stadt Melle werden insgesamt 160 Schülerinnen und Schüler in 27 Notgruppen betreut, vom Präsenzunterricht wurden insgesamt 186 Schülerinnen und Schüler befreit (Stand 05.02.2021).

b) in Kitas

Es werden 761 Kinder in 91 Notgruppen betreut. Das sind 39 % der vorhandenen Kapazitäten.

Anlässlich der durch das extreme Winterwetter verursachten teilweisen Kita-Schließungen sieht der Landkreis Osnabrück von der weiteren Trennung in verschiedene Gruppen ab. Für die Zeit der witterungsbedingten Schließung dürfen Kinder in geringer Anzahl auch gemeinsam betreut werden.

6. Elternbeiträge Kitas

Die Übernahme der **Elternbeiträge** für Januar 2021 (sh. VA-Beschluss vom 26.01.2021) ist den Kita-Trägern mitgeteilt worden. Die Abrechnung erfolgt analog des Vorgehens im Vorjahr (Übernahme der Elternbeiträge in voller Höhe sowie Abrechnung der Notbetreuung je nach Betreuungsumfang mit den Eltern). Im Rahmen der Beschlussfassung wurde der Bürgermeister ermächtigt, für die

Folgemonate gemeinsam mit den Bürgermeistern des Landkreises Osnabrück über die Übernahme weiterer Elternbeiträge zu entscheiden.

7. Corona-Schnelltests in Kitas

Das Land Niedersachsen bereitet aktuell eine Richtlinie zur Einführung von Schnelltests für Kita-Personal vor. Neben Lehrkräften sollen auch Erzieher*innen regelmäßig getestet werden.

Voraussichtlich wird das Land sich mit 50 % an den Kosten beteiligen, wobei der Test 1 x wöchentlich durchgeführt werden soll und pro Testung ein Maximalbetrag festgelegt wird.

Offen sind noch einige Fragen, insbesondere wer die Mittel beantragen muss. Der Spitzenverband hat dafür plädiert, eine unmittelbare Abrechnung mit den Trägern vorzusehen und auch Träger entscheiden zu lassen, ob und in welchem Umfang sie testen.

In manchen Kitas in Melle finden solche Tests bereits statt. Mehrere Träger sind auch schon auf die Stadt Melle zugekommen, um eine Kostenübernahme zu erreichen.

Da die Testungen dem Arbeitsschutz der Erzieher*innen dienen und damit auch den Personalkosten zuzurechnen sind, ist den Trägern bereits signalisiert worden, dass sich die Stadt in Anlehnung an die Regelungen des Landes an den Kosten beteiligen wird.

Auch der Landkreis hat zwischenzeitlich angedeutet, sich finanziell zu beteiligen.

8. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

Hinsichtlich der öff. rechtl. Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück zur Kitafinanzierung gibt es noch keinen neuen Sachstand. Problematisch ist aus Sicht eines großen Teils der Kommunen nach wie vor der angedachte Verteilschlüssel nach der Anzahl der Kinder von 0-13 Jahren, der bei den Kommunen zu unterschiedlichen Kostendeckungsgraden führt.

Im Rahmen von Arbeitsgruppen wird aktuell versucht, einen auch mittelfristig verlässlichen Schlüssel zu finden, der einen Korridor von 48 – 52% der tatsächlich entstandenen Kosten widerspiegelt.

9. Kindertagespflege

Die Kindertagespflege ist anders als im Frühjahr 2020 derzeit nicht untersagt, sondern kann regulär stattfinden. Viele Eltern kommen aber der dringenden Bitte nach, ihre Kinder möglichst selbst zu Hause zu betreuen. Somit ist zu erwarten, dass sich daraus mehr als die zulässige Anzahl von Ausfalltage für die Tagespflegepersonen ergeben, so dass im Einzelfall nicht auszuschließen ist, dass sie am Ende des Bewilligungszeitraumes das erhaltene Betreuungsgeld teilweise rückerstatten müssen.

10. Coronabedingte Schließung der Sportanlagen/Bäder

Mit dem zweiten Lockdown, ab dem 02. November 2020, sind auch die Sportplätze, Sporthallen und das Hallenbad wieder geschlossen.

Die 18 festangestellten Mitarbeiter der Bäder befinden sich seitdem in Kurzarbeit.

Für die Bäder insgesamt ergaben sich zum Jahresende 2020 Einnahmeverluste gegenüber dem (guten) Vorjahr von insgesamt rund 375.000,00 EUR (Hallenbad minus 170.000,00 EUR, Freibäder minus 205.000,00 EUR).

Dem gegenüber stehen nach derzeitigem Stand Energiekosteneinsparungen durch die verkürzte Sommersaison sowie dem lediglich 4,5 Monate geöffnetem Hallenbad von 115.000,00 EUR (ca. 40.000,00 EUR beim Hallenbad und grob 75.000,00 EUR bei den Freibädern).

Mögliche Einsparungen bei den Personalkosten z.B. durch eingesparte Aushilfen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden. Die Einnahmeverluste werden aber sicherlich nicht kompensiert werden können, so dass der Zuschussbedarf der Bäder 2020 coronabedingt gestiegen sein wird.

Für das Hallenbad sind für die Monate Nov.+Dez. 2020 die sog. „November- bzw. Dezemberhilfen“ beantragt worden (= 75% vom Vorjahresumsatz), die auch für kommunale Unternehmen möglich war. Für den Januar 2021 sind diese Regelungen mit der „Überbrückungshilfe III“ noch verlängert worden.

11. Skateanlage

Der Bau der Skateanlage am GrönegauBad ist abgeschlossen. Sobald die Corona-Situation es zulässt, wird diese für die Öffentlichkeit freigegeben.

Das Jugendparlament und der Ausschuss für Bildung und Sport haben sich mehrheitlich für eine Beleuchtung der Skateanlage ausgesprochen, da diese Investition die Attraktivität der Anlage erhöht.

Für die Umsetzung der Beleuchtungsanlage sind 13.220,49 Euro erforderlich. Hiervon werden 6.000,00 Euro durch eine zusätzliche Spende der Lions gedeckt. Der Restbetrag wird aus dem laufenden Haushalt des Produktes 362-01 finanziert. Die Beleuchtung wird somit an der Skateanlage installiert.

Auf die Frage von **Herrn Boßmann**, wie ein unsachgemäßer Gebrauch der Leih-iPads geregelt sei, antwortet **Frau Noruschat**, dass im Leihvertrag festgelegt sei, dass der Entleiher für den ordnungsgemäßen Zustand des iPads verantwortlich sei und notfalls die private Haftpflichtversicherung greife.

Herr Stakowski erkundigt sich vor dem Hintergrund des Wechselunterrichts danach, inwieweit der DigitalPakt bzw. das Medienkonzept umgesetzt sei. Des Weiteren fragt er nach der Situation zur Zügigkeit der GS im Engelgarten.

Herr Möller verweist zu diesen Fragen auf die Beratungen zum Haushaltsplan und auf den nächsten TOP.

Herr Uffmann bittet um eine Ergänzung des angeforderten Berichtes um die jeweilige Leistungsfähigkeit des zur Verfügung stehenden Internets an den Schulen.

TOP 6.1 Standardraumprogramm
a) Soll-/Ist-Vergleich Oberschulen - Aktualisierung aufgrund der Schülerfortschreibung
b) Soll-/Ist-Vergleich Grundschulen
Vorlage: 01/2021/0009

Frau Noruschat erläutert die Info-Vorlage.

Herr Uffmann begrüßt die vorgelegte Analyse der Raumbedarfe an den Schulen. Für ihn sei allerdings fraglich, wie mit den vorhandenen Containern umgegangen werden solle. Diese seien lediglich eine vorübergehende Lösung. Er wünsche sich für die GS Eicken-Bruche eine konkrete Perspektive bzgl. des Anbaus.

Herr Wüsthube unterstützt seinen Vorredner und ist der Meinung, dass es ein Raumprogramm gebe und dieses nun auch Anwendung finden müsse. Dazu sei seiner Auffassung nach ein Beschluss des Ausschusses erforderlich. Neben der GS Eicken-Bruche sei auch die Raumsituation an der GS Neuenkirchen fraglich.

Frau Thöle-Ehlhardt hält es zwar für erfreulich, dass die Schulen kreativ mit der jeweiligen Raumsituation umgingen, allerdings gebe es z.B. an vielen Schulen gar keine Differenzierungsräume oder Räume werden doppelt genutzt. Wobei sie die Nutzung eines Raumes als Klassen- und als Betreuungsraum nicht nachvollziehen könne. Zur GS Neuenkirchen teilt sie mit, dass diese über den Luxus verfüge, mehrere Betreuungsräume zu haben, wovon nun einer künftig als Klassenraum genutzt werden könne. Dieses bedeute für die Schule jedoch einen Rückschritt. In der GS Buer gebe es gar keine Differenzierungsräume, Gruppenräume usw. Dort werde es Probleme geben, wenn ein Jahrgang dreizügig werde, wovon aufgrund der Bautätigkeit in dem Stadtteil auszugehen sei. Bezüglich der längerfristigen Lösungen für Container schließt sie sich ihren Vorrednern an.

In der folgenden Diskussion, an der sich **Frau Thöle-Ehlhardt und Frau Wendelin-Feindt** sowie die **Herren Stakowski, Gerling, Wüsthube, Boßmann, Schulke und Uffmann** beteiligen, wird das Für und Wider eines Ausschussvotums besprochen. Daneben wird festgestellt, dass es an vielen Stellen nicht genügend Raum gebe und dass Schulen, die über Container verfügen eine längerfristige Perspektive benötigen. Hierfür soll ein Arbeitskreis aus den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen unter Beteiligung des Gebäudemanagements gebildet werden, mit dem Ziel eine klare Perspektive zu benennen. Evtl. könnten so auch kleinere Maßnahmen vorgezogen werden.

Der Ausschuss spricht sich für die Bildung eines Arbeitskreises aus den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen unter Beteiligung des Gebäudemanagements aus.

TOP 7 Kindertagesstätten

TOP 7.1 Anmeldesituation Kitas zum 01.08.2021
Vorlage: 01/2021/0051

Herr Möller erläutert die Info-Vorlage.

Frau Wendelin-Feindt stellt fest, dass man nach dem ersten Blick auf die Zahlen beruhigt sein könne und man sich auf einem guten Weg befinde. Betrachte man die Anmeldesituation jedoch mit Blick auf die Wohnortnähe oder auf Ganztagsplätze, die benötigt würden, seien Defizite zu erkennen. Das wohnortnahe Angebot müsse bedacht werden.

Frau Beckmann weist darauf hin, dass es in der Kita Riemsloh nicht an Kita-, sondern an Krippenplätzen mangle. Da auch dort eine Gruppe in einem Container untergebracht sei, wäre eine langfristige Perspektive für den Träger wünschenswert. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die Kita Grashüpfer erweitert werde, aber auch dort vermutlich zunächst die „eigenen“ Kinder in den altersübergreifenden Gruppen berücksichtigt würden.

Frau Thöle-Ehlhardt ist der Auffassung, dass sich die Planung und die Realität häufig widersprüchen. Auch sie frage sich, was den Eltern bezüglich eines Kita-Platzes zugemutet werden könne. Es wäre gut, wenn man den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz erfüllen könne, aber besser wären Angebote darüber hinaus. Ihrer Auffassung nach scheuten sich die Träger auch vor einem Anbau, weil es kaum entsprechendes Personal gebe.

Frau Meier schließt sich dem an und fragt, wie es sich mit den baugebietsträchtigen Stadtteilen verhalte; inwieweit seien dort noch Erweiterungen an den bestehenden Kitas möglich.

Herr Möller erinnert daran, dass dafür das Einverständnis des Trägers vorliegen müsse. Zudem müsse auch Personal gefunden werden, welches zum dortigen pädagogischen Konzept passe. Nicht zuletzt müsse auch das Grundstück groß genug für einen Anbau sein.

Frau Itzek ergänzt, dass es für Kitas eine gesetzliche Maximalgröße von fünf Gruppen gebe, die parallel betrieben werden dürfen.

Im Folgenden diskutieren **Herr Stakowski, Herr Uffmann, Frau Beckmann und Frau Kaase** die dargestellte Anmeldesituation in den Meller Kitas. Als Fazit kann festgehalten werden, dass Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in Melle schon annähernd erfüllt werden könne, die Politik jedoch das Ziel verfolge, jeder Familie einen bedarfsentsprechenden Platz in Wohnortnähe anbieten zu können. Dieses trage zur Attraktivität der Stadt Melle bei, welche auch in Bezug auf die Akquise des Kita-Personals hilfreich sei.

Herr Dreier weist darauf hin, dass Melle bezogen auf die Kita-Situation auch im Landkreis relativ weit vorne liege.

Frau Itzek erinnert daran, dass die Schaffung eines bedarfsentsprechenden Angebotes in Wohnortnähe zwangsläufig zu Überkapazitäten führe.

**TOP 8 Unterjähriger Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss
für Bildung und Sport zum Stichtag 31.10.2020
Vorlage: 01/2021/0034**

Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Seitens des Ausschusses gibt es keine Wortmeldungen.

**TOP 9 Haushalt 2021/22; Beratung des Teilhaushaltes 400 für die
Bereiche Schulen, Kindertagesstätten und Sport**

Frau Noruschat verweist auf den Entwurf des Haushaltsplanes 2021/22. Sie erläutert insbesondere den Punkt „Digitalisierung“.

Herr Schulke nimmt Bezug auf den Controllingbericht zum Thema „Digitalisierung“ und stellt fest, dass es in jedem Jahr aus unterschiedlichsten Gründen erhebliche Abweichungen zu

den Planzahlen gebe. Für ihn sei ein Umsetzungsplan, der auch mit dem Gebäudemanagement eng abgestimmt werde, wichtig.

Frau Noruschat weist darauf hin, dass es sich bei dem Bericht um die Daten zum 31.10.2020 handele und ein Großteil der Ausgaben erst im letzten Quartal 2020 geleistet wurden.

Herr Stakowski bittet um eine Übersicht zum aktuellen Stand über die Umsetzung des Digitalpaktes an den Schulen.

Dem Protokoll ist eine entsprechende Übersicht beigefügt.

Frau Itzek erläutert die wichtigsten Änderungen im Haushaltsentwurf 2021/22 zum Kita-Bereich.

Auf Anfrage von **Herrn Uffmann** bestätigt **Frau Itzek**, dass es sich bei den Kosten bzgl. der Kita Grashüpfer um durchlaufende Kosten handele und dass der Investor den Bau ohne Investitionszuschüsse durchführen werde.

Herr Wüsthube geht nochmal auf die Kostenbeteiligung des Landkreises im Rahmen der öff.-rechtlichen Vereinbarung ein. Da die Erhöhung des Kostendeckungsgrades auf die seinerzeit 50% noch nicht erreicht worden seien, müsse weiterverhandelt werden. Des Weiteren plädiert er für die Bereitstellung von Mitteln für weitere Erweiterungsbauten an den Kitas Montessori Neuenkirchen und Kinderhaus Buer, damit diese im Bedarfsfall zügig realisiert werden können.

Herr Dreier bestätigt, dass der 50%-ige Kostendeckungsgrad noch nicht erreicht werde. Man könne allerdings – und das ist durch das System begründet – nicht erwarten, dass bereits in der Planung die 50% erreicht werden, da der Landkreis als Basis der Berechnung die Kosten von vor zwei Jahren verwendet, d.h. für das Jahr 2021 werden die Zahlen aus 2019 als Grundlage verwendet. So bekommt man von den 2019 abgerechneten Ist-Kosten 50%. Eine Angebotserweiterung werde demnach nicht bereits bei der Planung sondern erst im Nachhinein berücksichtigt.

Herr Boßmann stellt fest, dass für die Container in Riemsloh im Jahr 2022 noch Mietaufwendungen, aber keine Abbaukosten aufgeführt sind.

Herr Möller erläutert dazu, dass mit dem Träger eine Standzeit bis 2022 vereinbart worden sei. Die Container wurden 2018 aufgebaut. Zeitgleich habe der Träger im Bestandsgebäude einen zusätzlichen Gruppenraum ausgebaut. Ursprünglich sollte der Container nach Abschluss dieser Maßnahme abgebaut werden. Aufgrund des zusätzlichen Bedarfes in Riemsloh wurde mit dem Träger vereinbart, dass der Container zunächst bis 2022 stehen bleibt, um diesem Bedarf gerecht werden zu können.

Herr Elscher erläutert den Haushaltsentwurf zum Sportbereich.

Frau Meier erkundigt sich bzgl. der Flutlichtanlage auf dem Sportplatz Neuenkirchen, ob auch darauf Rücksicht genommen werde, dass sich einige Anwohner geblendet fühlen.

Herr Elscher entgegnet, dass aktuell gerade eine Prüfung laufe, ob LED-Scheinwerfer eine Alternative zu herkömmlicher Beleuchtung seien und ob diese genauso blendarm wie konventionelle Scheinwerfer seien.

TOP 10 Wünsche und Anregungen

Herr Grube fragt bzgl. der Haferhalle an, ob an der frei stehenden Lüftungsanlage, die durch aktuell auch beschädigte Bauzäune gesichert sei, noch abschließende Maßnahmen in Planung seien.

Herr Elscher teilt mit, dass das Gebäudemanagement wohl noch eine Einhausung plane. Der genaue Sachstand werde im Protokoll aufgeführt.

(Anm. nach der Sitzung: Nach Rücksprache mit dem Gebäudemanagement ist 2021 noch eine blickdichte Metallkonstruktion als „Einhausung“ der Lüftungsgeräte geplant.)

Herr Stakowski teilt mit, dass der Lockdown bis zum 07.03.2021 verlängert werde. Es solle nun sichergestellt werden, dass die Kosten für eine Betreuung von den Eltern nicht gezahlt werden müssten, wenn keine Betreuung in Anspruch genommen werden könne.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dass die Kostenübernahme durch die Stadt Melle bis einschließlich Februar 2021 weiterlaufen solle.

11.03.2021

gez.
Jutta Dettmann

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

11.03.2021

gez.
Andreas Dreier

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

25.02.2021

gez.
Marion Noruschat

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)